

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:204883-2019:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Hamel: Abbruch von Gebäuden sowie allgemeine Abbruch- und Erdbewegungsarbeiten
2019/S 086-204883**

Auftragsbekanntmachung

Bauftrag

Legal Basis:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Stadt Hameln – Zentrale Vergabestelle – im Auftrag des Landkreises Hameln-Pyrmont
Rathausplatz 1
Hameln
31785
Deutschland
Telefon: +49 51512021378
E-Mail: vergabestelle@hameln.de
Fax: +49 51512021266
NUTS-Code: DE923

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.hameln.de
Adresse des Beschafferprofils: www.hameln.de/stadtportal/rathaus/zentrale_vergabestelle

I.2) Informationen zur gemeinsamen Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.deutsches-ausschreibungsblatt.de/VN/S-HAMELN-LK-2019-0009>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.deutsches-ausschreibungsblatt.de/VN/S-HAMELN-LK-2019-0009>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

LK – Rückbau- und Sanierungsarbeiten – Linsingenkaserne
Referenznummer der Bekanntmachung: S-HAMELN-LK-2019-0009

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

45110000

II.1.3) Art des Auftrags

Bauftrag

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Rückbau- und Sanierungsarbeiten.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

45111000

45112360

45262660

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE923

Hauptort der Ausführung:

31787 Hameln

Süntelstraße 24

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Der LK Hameln-Pyrmont (LK HM-PY) und die Stadt Hameln streben gemeinsam eine nachhaltige Entwicklung und Nutzung des Standortes Linsingenkaserne an. Hierzu wurde ein „Pakt für den Bildungsstandort Hameln“ geschlossen. Die Grundstücksgröße beträgt ca. 122 500 m² (ca. 12,2 ha).

Die Arbeiten umfassen ober- und unterirdische Abbrüche von Gebäuden und befestigten Flächen sowie die Sanierung von verschmutzten Flächen und einzelnen Kontaminationsverdachtsflächen. Es erfolgt eine freiwillige Sanierung der Konversionsfläche für die geplante nachhaltige Nachnutzung.

Die bebaute Fläche der rückzubauenden Gebäude beträgt ca. 25 000,00 m², das Gesamtrückbauvolumen dieser Gebäude beläuft sich auf ca. 240 000,00 m³. Hinzukommen ca. 75 000,00 m² rückzubauende befestigte Flächen.

Wesentliche Leistungsbestandteile sind:

- der Rückbau der überwiegenden Anzahl der aufstehenden Gebäude einschließlich Entkernung und baustoffbedingter Schadstoffsanierung (hier insbesondere baustoffbedingte Schadstoffe wie Asbest und künstliche Mineralfasern (KMF),
- das Aufbrechen von Flächenbefestigungen einschließlich Separierung baustoffbedingter Schadstoffe (hier insbesondere teerstämmiger Asphalt – Polyzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe),
- die Verdämmung oder der Rückbau von im Zuge des Gebäuderückbaus und der Flächenentsiegelung nicht mehr benötigten Abwasserkanälen bei gleichzeitiger rohrhydraulischer Trennung von den noch benötigten Abwasserkanälen,
- die Sanierung von nutzungsbedingten Kontaminationen im Untergrund,
- die fachgerechte externe Entsorgung aller anfallenden, bei Rückbau und Sanierung gewonnenen Materialien, soweit sie nicht vor Ort für die künftig geplante Bebauung verwertet werden können und somit,
- die Bereitstellung von geeignetem, aufbereitetem mineralischen Bauschutt aus den Abbruchmaßnahmen zur Substitution von natürlichen Baustoffen (insbesondere Natursteinschotter) für die künftigen Baumaßnahmen.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Preis

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 10

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: ja

Projektnummer oder -referenz:

Mittel des Europ. Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Landes Nieder-Sachsen Programmgebiet Stärker entwickelte Region (SER), Förderrichtlinie Brachflächenrecycling, Zuwendungsbescheid Nr. ZW 6-85003720 und Nr. ZW 6-85022494

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Als Eigenerklärung vorzulegen:

- Angaben zur Eintragung im Berufsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens,
- Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet/die Eröffnung beantragt/mangels Masse abgelehnt/ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde oder ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet,
- Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt,
- es besteht kein wirksames Berufsverbot oder wirksames vorläufiges Berufsverbot,
- es bestehen keine rechtskräftigen Urteile gegen mich/uns oder leitende Mitarbeiter wegen z. B. Geldwäsche, Bestechung, Vorteilsgewährung, Diebstahl, Unterschlagung, wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen, Baugeschäft, Gewässer- und Bodenverunreinigung, unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen,
- Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2 500 EUR belegt worden bin/sind,
- Angabe, dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat,
- Erklärung zum NTVergG.

Die Eignung ist durch Eintragung in die Liste einer Präqualifikationsstelle – PQ VOB – oder als vorläufiger Nachweis durch Eigenerklärung gem. Formblatt – Eigenerklärung zur Eignung – nachzuweisen. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) ist ebenfalls zugelassen.

Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl behält der AG sich vor, die angegebenen Nachweise anzufordern. Beruft sich ein Bieter zur Erfüllung des Auftrags auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die Jeweilige Präqualifikationsnummer oder es sind die Erklärungen und Bescheinigungen gem. Formblatt-Eigenerklärung zur Eignung – auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Ebenso ist die Verpflichtungserklärung auf Verlangen des AG vorzulegen. Für Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Das Formblatt Eigenerklärung zur Eignung wird mit den Vergabeunterlagen ausgegeben. Der Auftraggeber wird für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Als Eigenerklärung vorzulegen:

- Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterliegen, ordnungsgemäß erfüllt wurde,
- Angaben zum Gesamtumsatz sowie den Umsatz für vergleichbare Leistungen in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren.

Die Eignung ist durch Eintragung in die Liste einer Präqualifikationsstelle -PQ VOB- oder als vorläufiger Nachweis durch Eigenerklärung gem. Formblatt -Eigenerklärung zur Eignung- nachzuweisen. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) ist ebenfalls zugelassen. Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl behält der AG sich vor, die angegebenen Nachweise anzufordern. Beruft sich ein Bieter zur Erfüllung des Auftrags auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige Präqualifikationsnummer oder es sind die Erklärungen und Bescheinigungen gem. Formblatt -Eigenerklärung zur Eignung- auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Ebenso ist die Verpflichtungserklärung auf Verlangen des AG vorzulegen. Für Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Das Formblatt Eigenerklärung zur Eignung wird mit den Vergabeunterlagen ausgegeben.

— Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung durch eine verbindliche Deckungsbestätigung mit folgenden Deckungssummen:

- mindestens 3 000 000 EUR für Personenschäden,
- mindestens 2 000 000 EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden)

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Angaben und Referenzbescheinigungen über die Ausführung von Leistungen in den letzten 5 abgeschlossenen Kalenderjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Sollten vergleichbare einschlägige Bauleistungen bereits mehr als 5 Jahre zurückliegen, behält sich der AG vor, auch die Referenzen für diese Bauleistungen anzuerkennen,
- Angaben über die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal,
- Eigenerklärung aus der hervorgeht, welche Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung zur Ausführung des Auftrages zur Verfügung steht,
- Beschreibung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung.

Bei der Angebotsabgabe bzw. innerhalb von 6 Kalendertagen nach besonderer Aufforderung des AG sind einzureichen:

- Bescheinigung über die Zulassung als Entsorgungsbetrieb gem. Anhang I, Nr. 2.4.2 GefStoffV,
- Sachkundenachweis nach TRGS 519, Anlage 3,
- Sachkundenachweis nach DGUV-Regel 101-004 Anlage 6 A,
- Fachkundenachweis nach TRGS 521.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Geforderte Sicherheiten:

5 % der Auftragssumme als Vertragserfüllungsbürgschaft

3 % der der Abrechnungssumme als Mängelansprüchebürgschaft

Hinweise bei Bewerbung als Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft:

- Angabe sämtlicher Mitglieder mit Name, Anschrift,
 - Ansprechpartner, Telefon, Fax, E-Mail-Adresse,
 - Vorlage einer von allen Mitgliedern unterzeichneten Bietergemeinschafts-/Arbeitsgemeinschaftserklärung:
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der/die für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigt Vertreter/in benannt wird,
 - dass der/die für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter/in die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - in der die Bildung einer Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird dass alle Mitglieder gesamtschuldnerisch haften.
- Siehe hierzu Formblatt 234 (Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft).

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Offenes Verfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 05/06/2019

Ortszeit: 10:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 02/08/2019

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Tag: 05/06/2019

Ortszeit: 10:00

Ort:

Stadt Hameln

Rathausplatz 1

31785 Hameln

Deutschland

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:

Bieter dürfen bei der Öffnung der Angebote nicht anwesend sein.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Die Vergabeunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.deutsches-ausschreibungsblatt.de/VN/SHAMELN-LK-2019-0009>. Sie erhalten die Vergabeunterlagen direkt, gebührenfrei und ohne Registrierung. Wenn Sie immer aktuell zum Verfahren informiert sein möchten, sollten Sie die Angebotene Möglichkeit zur freiwilligen Registrierung nutzen.

Als registrierter Nutzer können Sie nach Eingabe Ihrer Nutzerkennung und Ihres Passworts den Abruf der Vergabeunterlagen starten. Mit dem registrierten Abruf stellen Sie sicher, dass Sie umgehend informiert werden, wenn neue Informationen zu den Vergabeverfahren vorliegen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

Auf der Hude 2

Lüneburg

21339

Deutschland

Telefon: +49 413115-1334/1335/1336

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Fax: +49 413115-2943

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Im Übrigen sind Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

Soweit Ihrer Rüge nicht abgeholfen wurde, ist gegen diese Entscheidung ein Antrag auf Nachprüfung durch die Vergabekammer beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, Regierungsvertretung Lüneburg, Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg, zulässig.

Ein Nachprüfungsantrag ist innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen (§ 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)).

Die o. a. Fristen gelten nicht, wenn der Auftraggeber gemäß § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist. Setzt sich ein Auftraggeber über die Unwirksamkeit eines geschlossenen Vertrages hinweg, indem er die Informations- und Wartepflicht missachtet (§ 134 GWB) oder ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, kann die Unwirksamkeit nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 GWB).

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung auf
Auf der Hude 2

Lüneburg

21339

Deutschland

Telefon: +49 413115-1334/1335/1336

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Fax: +49 413115-2943

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

30/04/2019